



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,- M. für 1 Exemplar. Für Privatabonnenten werden Bestellungen nur durch die Post entgegen genommen. Insektionsgebühr für die Beitzteile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Vorausbezahlung für Abonnement und Inzerate ist Bedingung. Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Redaktion: Fritz Jietzsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Nr. 26

Charlottenburg, den 24. Juni 1904

31. Jahrg.

Porzellan- etc. Arbeiter und Arbeiterinnen, denkt an die im Kampfe stehenden Kollegen und Kolleginnen, entnehmt von den Zahlstellenkassierern Streikmarken!

Sperren in Deutschland.

Die **Bollsperr**e besteht über Berlin, Galland Nachfolger, Inhaber Böhm. Tiez u. Strauß, Fächerfabrik. Blechhammer (Bernhard Löhner). Schlierbach, Tettau (Sonntag u. Söhne). Tallowitz (Gräfl. Frankenbergische Fabrik).

Halbsperr:

Alexandrinenthal (Firma Rechnagel), Althaldensleben (außer W. Gerichte C. Schulz, Bauernmeister), Bonn (Mehlem), Düsseldorf (Wortmann u. Elbers, Emailierwerk), Frankfurt a. d. Oder (Paetich), Freienorla, Garitz, Gersweiler, Gräfenroda (Heene, Heikner, Eiert u. Menz), Kamenz i. S. (Vogt), Königszelt, Kranichfeld, Ilmenau (Abicht), Langewiesen, Neustadt bei Coburg, Deslau, Offenbach a. Main (Diegel, Lederwarenfabrik), Passau, Roschütz, Rudolstadt (Schäfer u. Vater), Schaala, Scheibe, Schweidnitz, Sörnewitz, Stadtlengsfeld, Stanowitz, Suhl, Triptis, Uedendorf.

Sperren in Oesterreich.

Stemgutfabrik Wessely u. Co. in Gutendorf (Süd-Steiermark). Westen-Budweis — Kunstwarenfabrik von Rudolf Ditmar. Stemgutfabrik Franz Steidl in Znaim. — In Brünn ist gesperrt: Firma Gottlieb u. Brauchbar. Schlackenwert: Pfeiffer u. Löwenstein für Maler. Porzellanfabrik Merkelsgrün.

St. Johann-Saarbrücken.

— Es war eine hoffnungsfreudige Zeit für jene bürgerlichen Sozialpolitiker, die wohl dem leidenden Arbeitervolk zu Hilfe kommen, aber dem Kapital nicht wehe tun wollen, als im Februar 1890 die Aera des „sozialen Königtums“ mit den Worten eingeleitet wurde, „daß die Staatsgewalt die Arbeiterverhältnisse so zu regeln habe, daß die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch

auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.“ Zwar gingen bald darnach von derselben Stelle andere Aeußerungen aus, die den eben angeführten durchaus entgegen standen, aber nichts konnte die Verehrer des „sozialen Königtums“ von ihren Illusionen befreien. Das Königtum sollte vermittelnd die Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital, Ausgebeuteten und Ausbeutern überbrücken. Gesetze und Beispiele sollten den ersehnten Frieden bringen. Bahnbrechend sollten die Staatsbetriebe vorgehen, mustergültig wollte man sie in ihren Einrichtungen bezüglich der Arbeiter- Wohlfahrt und -Rechte hinstellen. Weiter spannen sich die Gedanken, Hoffnungen und stillen Wünsche. Wie konnten die Selbstregung der Arbeiter, ihre stärker anwachsenden Organisationen, der drohende Umsturz in jeder Form, wirkungsvoller, nachhaltiger unterbunden werden, als durch die Betätigung des „sozialen Königtums“?

Aber es kam anders, so ganz anders, als es sich jene harmlosen Schwärmer oder geschickten Demagogen, die mit der Wurst nach der Speckseite warfen, gedacht hatten. Wohl wurden ihre Gedanken aufgegriffen und bald hörte man das Wort von den Staatsbetrieben, die Musteranstalten werden sollten! Rüstig schritt das soziale Königtum seinem Abschluß entgegen. Es erreichte ihn um so eher, als es schon an seinen ersten Versuchungen zerschellte. Die Staatsbetriebe! Stehen sie in ihrer heutigen Gestalt nicht mitten im kapitalistischen Leben? Sind sie nicht mehr noch als wie die Privatunternehmen auf die möglichst hohe Verzinsung ihrer Anlagekapitalien und einer dadurch bedingten weitgehenden Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft begründet? In was unterscheiden sie sich wohl von den Privat-Unternehmungen? Hier wie dort ist alles auf die Ueberschuß-Wirtschaft zugeschnitten. Der heutige Staat braucht diese Einkünfte aus seinen Betrieben: Post, Eisenbahn, Bergwerken zc. bis zum letzten Pfennig für

Militär, Beamten-Gehälter usw. Der soziale Königtums-Gedanke aber erforderte zu seiner Durchführung ein teilweises Aufgeben dieser rein kapitalistischen Ueberschuß-Manier. Konnte man sich hierzu nicht verstehen, so mußte auch das soziale Königtum in sich zusammen brechen. Und dieser Moment ließ durchaus nicht lange auf sich warten, sondern ehe überhaupt nur die schwächsten Anfänge jener sozialen Mission des Königtums sich zeigen konnten, war das soziale Königtum selbst aufgegeben worden. Und wie gering jene Uawandlung der Jahre 1890 und 1891 einzuschätzen ist, zeigten nicht selten die Zustände von Staatswerkstätten und -betrieben, die nichts von den Februar-Erlässen 1890 verspüren ließen.

Daß wir aber heute, wo man wieder mit besonderem Eifer der Abgrabung der Arbeiterbewegung obliegt, von jenem bürgerlichen Traumgebilde des sozialen Königtums enlfernter sind denn je, zeigt in aller Frische und mit überwältigender Macht der Prozeß Krämer in Saarbrückens Schwesterstadt St. Johann.

Auch dort — im Saarrevier, wo der Boden tausendfache Schätze in seinen reichen Kohlenlagern birgt — hat der preußische Staat große Besitzungen an Bergwerken und nichts hinderte ihn, hier das soziale Königtum sich ausleben zu lassen. — Wie es aber damit bestellt war, einige Flugblätter zeigten es. Sie sprachen von dem Glend, der Not und Bedrückung der Arbeiter. Von Jahr zu Jahr steigerte sich die Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters, erhöhte sich der Profit des Arbeitgebers, des Staats, und von Jahr zu Jahr stiegen die Lebensmittelpreise, die Wohnungsmieten und — blieben die Löhne sich gleich. Vom Jahre 1892 stieg der Jahresdurchschnittslohn des einzelnen Arbeiters von 1042 M. auf 1053 M. im Jahre 1902. In demselben Zeitraum aber vermehrte der Arbeiter seine Jahresleistung in der Förderung von 218,7 Tonnen Kohlen auf 228,5

Tonnen und der Vater Staat steckte anstatt der 241 Mt. im Jahre 1892 647 Mt. anno 1900 für den einzelnen Arbeiter in seine Tasche! Diese Zahlen reden nicht nur, sie schreien vielmehr das klaffende Unrecht der heutigen Kapitalwirtschaft hinaus. Aber die Flugblätter sagten noch mehr. Sie sprachen von den Beeinflussungen, denen die Arbeiter bei Wahlen und in der Tätigkeit als Grubenkontrollenreure ausgesetzt waren. Sie redeten ferner von der unüberwindlichen Abneigung der königlichen Bergbehörden gegen die Arbeiterorganisationen und ihre Vertreter und von so vielem anderen. Es waren Dinge, die jeder Kennende fühlte, von denen die ganze Welt wußte oder zu mindest sie ahnte. Das liegt ja im System. Aber dieses System kann eine solche Kritik nicht vertragen und alles was von Arbeiterseite aus gegen dasselbe angebracht wird, darf nicht wahr sein, soll keine Geltung erlangen. Noch wird der Schein gewahrt oder soll erhalten bleiben. — Eine Beleidigungsklage des Bergrats Hilger gegen den Unterzeichner des Flugblattes folgte. In einer sieben Tage dauernden Gerichts-Verhandlung erlitt nach Ansicht des größten Teils der Öffentlichkeit der Bergfiskus und mittelbar der Gedanke des sozialen Königtums eine schwere Niederlage. — Wir können unmöglich — so gern wir es tun würden — an dieser Stelle auf die ungeheure Fülle jener Dinge eingehen, die dem Prozesse seine hochwichtige Bedeutung gaben, die da zeigten, wie man in einem Staatsbetriebe mit den Arbeitern umgehen konnte, deren Rechte — „außeramtlich“ natürlich — beiseite schieben durfte und durch den Druck auf die Magengegend bei den Arbeitern Gesinnungen erzeugen konnte, die den „Herren“ eher behagten als die umstürzlerischen Gedanken aus „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ oder die fromm beschränkten Ansichten aus dem — dort ein wenig oppositionell auftretenden — katholischen Heerlager.

Aber um nur die markantesten Fälle hier streifen zu können, geben wir nachstehend einige Stellen der Verteidigungsrede des Verteidigers des Angeklagten wieder:

„Von manchen Bedrückungen ist hier behauptet, es seien keine amtlichen Handlungen, zu gleicher Zeit beriefen sich aber die Beamten auf das Dienstgeheimnis. Zur Illustrierung der unzulässigen Bedrückung erinnere ich nur an einiges. Bergrat Huck fand es ganz selbstverständlich, seine Beamten in Schutz zu nehmen, als man sich über deren unzulässige

Wahlkontrolle beim ihm beschwerte. Schumacher erklärte weinend bei Zurückziehung seiner Unterschrift: „Ich tue es ja nicht gerne, ich bin ja Zentrumsmann, aber ich kann doch mein Brot nicht verlieren.“ Ich erinnere sie an den Hohn, mit dem der Steiger dem zur Strafe verlegt gewesenen Bergmann vorrechnet, welchen Schaden er gehabt und „nun kannst Du Dir das Geld ja von Hille wiedergeben lassen“. Ich erinnere an den Fall Alles, der in strenges Verhör genommen wurde, weil er durch Anbieten von Zentrumszetteln die Arbeiter „belästigt“ hatte. Ich erinnere an die Aussagen, wie die Beobachtungen bei den Wahlen möglich gemacht und wie die Arbeiter sich dadurch eingeschüchtern fühlten. Ich erinnere an Paulis Aussage, der von seinem Vorgesetzten Auftrag bekommt, die Wähler zu kontrollieren und Bericht zu erstatten. — Im Fall Dffermann-Klos z. B. hing das Wohl und Wehe der Familien davon ab, ob der 21 jährige Kassengehilfe die Leute in der Liste, die dann an die Inspektion gesandt wurde, als liberal oder ultramontan bezeichnete. Der Mann schämt sich jetzt seiner Handlungsweise, man kann ihn deshalb milder beurteilen; keine Entschuldigung aber verdient der Beamte, der die Listen anfertigen ließ, keine Entschuldigung die Behörde, welche die Listen annimmt, statt sie mit Verachtung zurück zu weisen, keine Entschuldigung das System der Ueberwachung, der Denunziation! Man beklagt sich hier über einige Fälle von Heuchelei, von politischer Gesinnungslumperei. Aber die Denunzianten züchtet, wer sie nicht mit gebührender Achtung von sich stößt. Das ganze System hat kein Recht, sich über Lüge und Heuchelei zu beschweren, da es ja systematisch dieselben züchtet. Will man Ehrlichkeit, will man nicht Leute, die auf beiden Schultern tragen, so soll man ihnen erklären, daß jede Ueberzeugung geachtet wird, daß man sich um die politische Gesinnung gar nicht kümmert!

— Zur Frage des Koalitionsrechts der Arbeiter sage ich: Formell mag die Behörde im Recht sein, wenn sie Bergleute kündigt, die sich organisieren; wenn sie aber dieses Recht benützt, um planmäßig das den Arbeitern gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht zu vernichten, so verstößt sie gegen den Geist der Gesetze, deren Handhabung ihr anvertraut ist. Herr Hilger sagt ja nun, nicht gegen das Koalitionsrecht richtete sich die Haltung der Behörde, sondern gegen den sozialdemokratischen Bergarbeiter-Verband. Wir

haben aber hier gesehen, daß Knappschafts-Sprengel-Verfassungen, Versammlungen der Vertrauensmänner, Vereine, die Anstellung eines neuen Knappschaftsarztes, andre, die eine andre Zusammensetzung des Gemeinderats erstrebten, verboten wurden, wir haben auch gehört, daß selbst nicht der Beitritt zum christlichen Gewerksverein „gewünscht“ wird. Die Aeußerung solcher „Wünsche“ kommt bei den hiesigen Verhältnissen einem Befehl gleich und deshalb sollte die Verwaltung sich hüten, solche Wünsche zu äußern“

„... Kurzum, es ist eine so grenzenlose Unterdrückung der persönlichen Freiheit, eine Verfolgung der entgegengesetzten politischen Ueberzeugung erwiesen, wie sie wohl nirgends anders möglich ist. Wer die Sozialdemokraten (und darunter versteht man hier jeden, der irgendwie opponiert!) unter Androhung des Brotverlustes zwingt, auf ihre Ueberzeugung zu verzichten, der schafft sich selbst ein Recht der Unterdrückung, das mit unseren Reichs- und Landesgesetzen in Widerspruch steht. Wenn solche Unterdrückung von Privatunternehmern geübt wird, ist sie zu bedauern, tritt sie aber auf in Staatsbetrieben, wird sie mit allen Machtmitteln des Staates von Staatsbeamten ausgeübt, so ist das ein sach ein Mißbrauch der amtlichen Gewalt, der sich richtet gegen die gesetzliche Gleichberechtigung der Arbeiter, und das ist der schlimmste Vorwurf, der gemacht werden kann. Eines folgt hier aus dem andern, die politische Entrechtung aus der Ueberwachung; das Erziehen zur Lüge, zur Heuchelei, zum Denunziantentum ist die notwendige Folge dieses Systems. Dieses System mit seiner väterlichen Fürsorge erzeugt nicht kindliche Liebe, sondern Mißtrauen, Angst, Verräterei. Es kommt soweit, daß die Arbeiter alles, selbst das Unglaublichste, für möglich halten. Da giebt es nur ein Mittel zu bessern: Strengste Abweisung jedes Denunzianten, Achtung jeder individuellen Ueberzeugung, Vermeiden auch nur des Scheins von Bedrückung. Dann wird man auch hier mehr Wahrheit, mehr Offenheit und Würde, mehr Mannesmut finden und nicht so viele Beispiele von Charakterlosigkeit und Gesinnungslumperei, wie sie dieser Prozeß uns gezeigt hat. Das System, das hier herrscht, ist durch den Prozeß gerichtet.“

Es ist gerichtet dieses System und wird es bleiben, trotzdem der Angeklagte zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. — In der denkenden Arbeiterschaft wird niemand

Feuilleton.

Sie müssen!

Ein offenes Wort an die christliche Gesellschaft.

(Fortsetzung.)

An anderer Stelle sagt er:

Die heutigen Besitzverhältnisse seien aus dem Mammon geboren, sie müßten aufhören. Aber gerade hiervoor schreie die Kirche zurück; sie gehöre selbst noch zu den Besitzenden. Sollte aber der Mammon fallen, dann müsse das heutige Privateigentum fallen. Man sieht, Kutter hat nicht nur den Mut, der Kirche die unangenehmsten Wahrheiten zu sagen, er schreie auch vor den Konsequenzen seiner Gedanken nicht zurück.

Auf die Anklage: Die Sozialdemokratie untergrabe und zerstöre die christliche Wahrheit, antwortet er unter anderem mit dem Hinweis auf des Paulus Römerbrief, in dem aus dem Fall der Heiden ihnen das Heil prophezeit wird. „Ist es nicht, als ginge ein solches Wort heute wieder in Erfüllung

— wo wir „Heiden“ aus den Händen der „Juden“, eines Merg, eines Engels, eines Cassalle jenen Anstoß erhalten — Sozialdemokratie genannt — der uns den großen Zielen des Reiches Gottes mehr als irgend ein anderer entgegenbringt?“

Daß Kutter Engels unter die „Juden“ zählt, ist wohl eine dichterische Freiheit, die man ihm des guten Zwecks halber nicht als Irrtum vorhalten darf. Darauf verteilt er den frommen Gläubigen wieder Liebe, die tief schmerzen. Er sagt: Warum immer wieder die bequeme und spießbürgerliche Antwort: jede Aenderung der Verhältnisse ist falsch und ungesund, und nie die schwere, gefährliche und entscheidende: Wir können nicht dem Mammon dienen? „Woher kommt es doch, daß ihr die Armen aufs einrige Kommen des Herrn vertröstet und die Reichen nicht mit demselben Kommen schreckt — wie Jesus getan? Warum bringt ihr kein Schelten gegen die Reichen über die Lippen, während ihr die Armen um ihrer Begehrlichkeit willen hart anlasst? — Ich glaube fast, euer Christentum ist ein Christentum der

Reichen und nicht der Armen. . . Ihr redet vom Innern, weil ihr kein Licht habt. . . Ist es doch möglich, innerlich ein Christ zu sein und äußerlich ein Schelm. . . Ihr habt keine Kraft — ihr kennt den lebendigen Gott nicht“ . . .

Was ist das für ein Glaube, fährt er fort, der die grausigen Produktionsordnungen, die der Mammon geschaffen, für unantastbar erklärt und sich damit bescheidet, die Folgen dieser Ordnungen in ihrer Entsehrlichkeit zu mildern? . . . Sind alle die furchtbaren, moralischen und physischen Leiden, die tausend Wunden, aus denen unser Volkskörper blutet, nicht Folgen dieses Produktionssystems? . . . Und da wiederholen wir es: Die Kirche, mag sie sich katholisch oder evangelisch nennen, ist vom Geist des Mammons beherrscht.

Und an anderer Stelle fährt Kutter fort: „Wie unwürdig ist das Benehmen so vieler, vieler Pastoren und Geistlichen den Vornehmen dieser Welt gegenüber! Wie viele törichte, unwahre Schmeichelei, wie viel feiges Schweigen und Vertuschen, wie viel Ohnmacht und Charakterlosigkeit! Wer reich ist

diesen Urteilspruch verstehen und sich in die ihm zu Grunde liegenden juristischen Schlussfolgerungen hineindenken können. — Denn das was in St. Johann zur Sprache kam, sind Tatsachen und Dinge, die unlösbar mit dem Wesen der heutigen Kapitalwirtschaft verknüpft sind. Was in St. Johann die Staatsbetriebe in den Augen Tausender bloß stellte, das ist in den Privatbetrieben ebenfalls gang und gäbe. Nur die Formen wechseln. Und wir brauchen ja nur an die Namen Schlierbach und Ehrlich denken, um ein Klein-Saarbrücken vor uns auftauchen zu sehen.

Der großen politischen Revolution gingen verschiedene Prozesse und aufsehenerregende Verhandlungen voraus, die grelle Streiflichter auf die feudale Zeit mit ihren höchst faulen Zuständen warfen und das Volk zum Denken und späteren Handeln anregten. Auch die soziale Revolution wird durch solches Wetterleuchten angedeutet. Und St. Johann-Saarbrücken scheint uns ein solches Zeichen der Haltlosigkeit, Morschheit der heutigen Zeit zu sein. Eine Zeit, die auch von einer anderen, besseren abgelöst werden wird, in der man von einem „sozialen Königtum“ so wenig etwas wird wissen wollen als von dem System, daß unter dem sogenannten sozialen Königtum so üppig in die Halme schießen konnte.

Ueber die deutsche Arbeiterversicherung

hielt im Februar dieses Jahres der mit diesem Thema durchaus vertraute Dr. Voebiter einen Vortrag, der auch jüngst im Druck erschien.

Trägt man der Stellung des Referenten Rechnung und bedenkt, daß er als ehemaliger erster Beamter im Reichsversicherungsamt sich für verpflichtet halten mußte, seinen Vortrag mit einem hohen Lob auf die sozialreformatorische Tätigkeit Wilhelms I. und Bismarcks einzuleiten, so fallen in diesem Referat andere Stellen umso mehr auf. Sie zeigen, daß Dr. Voebiter in seinem Vortrag auch den Arbeitern gerecht zu werden versuchte.

Heut, wo man von arbeiterfeindlicher Seite im Sturm auf gegen die Sozialreform besonders die Fähigkeit der Arbeiter als Verwaltungsbeamte und als Richter zc. in Zweifel zieht und eifrig bemüht ist, die Selbstverwaltung der Krankenkassen zu unterbinden und die Arbeitervertreter in ihrer Tätigkeit als Gewerbegerichtsbeisitzer und im Reichsversicherungsamt zu beschränken, hat

wird von der Kirche hoch angesehen. Es werden ihm Ämter und Würden übertragen, mit deren Annahme er sie tief erfreut und ehrt — mag er im Leben noch so grausam mit seinen Arbeitern, noch so ungerecht mit den Untergebenen, noch so unehrenhaft im Geschäftsverkehr verfahren. Das Geld schützt und schirmt ihn. . . Und wir verwunden uns, daß die Sozialdemokratie nichts von dieser Kirche wissen will? Sollten wir nicht gerade hierin ein Zeichen ihrer Lebendigkeit und Wahrheit erblicken?

Rutter nimmt Neumann gegenüber auch die „Extremen“ wie Rautsky in Schutz. Möchten die Extremen von der Detailarbeit nicht zu viel halten, weil sie leicht den Blick von der großen Aufgabe der Partei ablenke, so habe er doch in der gesamten sozialistischen Literatur keinen einzigen Satz gefunden, in welchem diese Detailarbeit als solche, ganz abgesehen von ihrem Verhältnis zum Endziel, verurteilt werde. Wer Detailarbeit leistet, dabei aber doch das Auge auf die große Umwälzung der Verhältnisse gerichtet halte, der sei im sozialdemokratischen Lager will-

folgender Ausspruch des Dr. B. über die Mitarbeit der Arbeitervertreter im Reichsversicherungsamt besonderes Interesse: „... Ich kann sie nur als günstig bezeichnen, sowohl bei den unteren Instanzen, als auch im Reichsversicherungsamt. Insbesondere hat das Zusammenarbeiten der Arbeitervertreter mit den Arbeitgebern bei der Beratung der Unfallverhütungsvorschriften sich sehr gut bewährt, beide Teile in nähere Beziehung zu einander gebracht, nicht selten ein persönliches Band geknüpft. Ebenso war das Verhältnis zu den Arbeitervertretern im Reichsversicherungsamt ein durchaus freundliches. Selbstverständlich suchten sie sowohl in den Spruch als auch in den Verwaltungsitzungen das Interesse der Arbeiter tunlichst zu vertreten, aber es geschah dies in angemessener Form, mit sachlichen Gründen; daß Ausnahmen vorkamen, ist erklärlich.“

Auch über den notwendigen Ausbau der Sozialreform sprach der Redner und zeigte entgegen dem Geschrei der industriellen Scharmacher, denen die bestehenden Einrichtungen schon zu viele sind, was zu tun noch unbedingt nötig ist. „Bei der Krankenversicherung fehlt es noch für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und die Dienstboten, sofern nicht, wie in Süddeutschland, eine landesgesetzliche Regelung erfolgt ist. Die Wöchnerinnenunterstützung fehlt außerdem bei den zahlreichen der Gemeindeversicherung (nicht den organisierten Zwangsklassen) angehörenden Versicherten. Die Arztfrage mit all ihren Schwierigkeiten harret noch einer befriedigenden Lösung.“

Und nicht minder sind wir auf dem Gebiete der Unfallversicherung im Rückstande. Wenn auch hierzu Dr. B. betont, daß es in dieser Beziehung noch am wenigsten zu tun gäbe, so will das nicht viel zu Gunsten dieser Versicherungszweige besagen, sondern diese Bemerkung ist nur dazu geeignet, das übrige sozialreformatorisch zu bearbeitende Gelände in einem noch trostloseren Zustande erscheinen zu lassen. Denn selbst auf dem verhältnismäßig so günstig bestellten Gebiete der Unfallversicherung bildet nach Dr. Voebiter die „Versicherung der Handwerker zum großen Teile noch eine offene Frage. Die Invalidenversicherung dagegen besitzt wohl die losste, auf berufsmäßigen Zusammenhang am wenigsten Rücksicht nehmende Organisation. Das Bestreben nach einer vereinfachten Organisation in Verbindung mit anderen Versicherungszweigen wird immer

kommen. Rutter urteilt hier objektiver als mancher in unseren eignen Reihen. Und weiter sich gegen Neumann wendend, äußert er: In Wahrheit walte Gott weder in den Konservativen, noch in den Christlichsozialen, sondern in der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokraten beteten nicht zu Gott, sie leugneten ihn, aber sie hätten ihn in der Tat. Auch Jesu bekenne sich nicht zu denen, die „Herr, Herr“ sagten, sondern zu denen, die den Willen Gottes tun. Und diesen tue die Sozialdemokratie. Dieselbe stehe dem Mammon entgegen und predige eine neue Welt, die Welt der Liebe für alle Menschen. Sie kenne keine Unmöglichkeiten, stoße sich nicht an den Schranken, die Menschen aufgerichtet hätten, sie lasse sich von nichts abhalten, denn sie weiß, daß das Alte fallen müsse. „Sie, die Sozialdemokraten, glauben alles, dulden alles, hoffen alles.“ Das sei ihr göttliches Gepräge.

In dem Abschnitt: „Die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre Partei“ untersucht Rutter die Einwände, die gegen Revolutionen erhoben werden und fragt, ob es wahr wäre,

wieder laut. In dieser Hinsicht haben bereits im Jahre 1895 eingehende Beratungen stattgefunden. Auch der Staatssekretär Graf v. Bosadowsky hat bekanntlich im Reichstage von einer durchgreifenden Vereinfachung, womöglich Verschmelzung der drei Gesetze in ein Fürsorgegesetz gesprochen. Aber auch mit jenem Ausbau und Umbau der drei Versicherungen wird es nicht getan sein. Schon klopft als vierte die Witwen- und Waisenversicherung an die Tür, und der Herr Reichskanzler sprach auch seinerseits in der Reichstagsitzung vom 10. Dezember 1903 gar von einer fünften, der Arbeitslosenversicherung (Versicherung wegen unverschuldeter Arbeitslosigkeit).“

Also an genügender Arbeit fehlt es nicht und wie nützlich das Gejammer der „Arbeitgeber Ztg.“ und Konsorten über den „Sturm auf der Sozialreform“ ist, widerlegt Dr. B. in dem Vorstehenden ebenso wie er der Redensart von dem Undank der Arbeiter gegenüber den Sozial-Gesetzen entgegen tritt. Er sagt hierzu u. a.: „Wenn die Arbeiterschaft um dieser Renten willen freilich sonst nicht zufrieden ist, so frage ich, wer ist es denn? Und übrigens habe ich schon oft zur Verteidigung der Arbeiter gesagt: die Unzufriedenheit ist die Grundlage des Fortschritts. Einen Satz gar wie den: „die Arbeiter verdienen es nicht, daß man sich so sehr ihrer annimmt“ (schon daß Wort „verdienen“ ist zu beanstanden) kann man doch im Ernst nicht mehr aufstellen wollen.“

Die Scharmacher werden anderer Meinung sein und es dem Geheimen Oberregierungsrat Dr. Voebiter schon heibringen, daß es selbst für einen Mann in seiner Stellung nicht gefahrlos ist, zu Gunsten der Arbeiter freimütig zu sagen, was die Wahrheit ist.

Die Arbeiter aber werden an diesen Auszügen erkennen, daß sie nicht ruhen und rasten dürfen, für den weiteren Ausbau ihrer Schutzgesetze zu arbeiten. Diese haben wenig Freunde aber viele Feinde.

Von der Hauptversammlung der keramischen Gewerke.

— Am 9. Juni hielten die Angehörigen des Verbandes keramischer Gewerke in Deutschland in einem der vornehmsten Hotels von Berlin die 27. Generalversammlung ab. Wie dem Vorbericht des Sprechsaals zu entnehmen ist, war diese Hauptversammlung ungewöhnlich gut besucht.

daß die Entwicklung die einzig wahre Form für den Fortschritt sei. Der orthodoxe Pfarrer vertritt hier Ansichten, die sich auch mancher unter uns hinter die Ohren schreiben darf. Er sagt unter anderem: Dem gegenüber sei es merkwürdig, wie gerade die revolutionären Gewalten innerhalb der Weltgeschichte, gerade die Mächte, die mit ihrer jedesmaligen Gegenwart im stärksten Widerstreit sich befanden, dem Fortschritt Bahn gebrochen hätten. „Die Entwicklung, von der man mehr schön und sentimental als klar zu reden weiß — immer ist sie nur die Auswirkung eines revolutionären Ereignisses und auf der anderen Seite die Vorbereitung einer neuen Revolution. Sie bewegt sich stets nur zwischen den Revolutionen, deren Fülle und Reichtum sie in das friedliche Nacheinander geschichtlichen Verlaufes zerlegt. Eine Entwicklung im modernen Sinne des Wortes, d. h. eine stetig ununterbrochene gibt es nicht. Die bloße Evolution ist falsch auf dem geschichtlichen so gut wie auf dem naturwissenschaftlichen Gebiete.“ Das ist auch unsere Ansicht. (Schluß folgt.)

Von der ziemlich reichen Tagesordnung, welche den Verhandlungen zu Grunde lag, interessieren uns hier in erster Linie drei Punkte.

So hörten wir mit Befriedigung, daß nach den eigenen Angaben der Mitglieder des Verbandes die Geschäftslage in den keramischen Industrien im allgemeinen eine wesentliche Besserung aufzuweisen hat. Nun werden wohl die Fabrikanten die Gelegenheit beim Schopfe fassen und die vielfachen Abzüge, die sie den Arbeitern in der weniger guten Zeit am Lohne machten, durch eine Lohn-Aufbesserung ausgleichen? Oder sollten wir uns täuschen? Zwar kommen die Arbeitgeber bei jeder Gelegenheit, um ihre vermeintlichen Minder-Einkünfte auf Kosten der Arbeiter wett zu machen indem sie zu diesen sagen: „Ja, jetzt, die Geschäfte gehen schlecht, die Preise fallen, also seid froh, daß wir Euch nur vom Lohne abziehen und den Betrieb nicht ganz einstellen.“ Kommen aber wieder andere Zeiten, wo, wie jetzt wieder fest gestellt wurde, eine geschäftliche Besserung eingetreten ist, dann wollen die Fabrikanten zumeist von einer Teilnahme der Arbeiter an dieser günstigeren Geschäftslage nichts wissen. Die abgekürzten Löhne bleiben trotz der besseren Zeiten, — wenn nicht der Arbeiter selbst an sich denkt und vorbeugend seine Kräfte geübt und zusammen gehalten hat. So wird es auch jetzt an unseren Kollegen selbst liegen, ob sie aus dem letzten Berichte der Arbeitgeberorganisation das für sich zu entnehmen vermögen, was ihnen mit Zug und Recht zukommt; in allererster Linie jedoch daß sie weiteren Lohnabzügen energisch entgegen treten.

Ferner interessierte uns die Frage von der Verwendung bleihaltiger Farben und Glasuren in den keramischen Fabriken. Man weiß es, daß eine energische Stellungnahme der Gesetzgeber notwendig ist, um den mannigfachen, schweren Schäden, die den betreffenden Arbeitern aus der Verarbeitung des bleihaltigen Materials erwachsen, Einhalt tun zu können. Und ebenso gut weiß man in Unternehmerkreisen, daß diesem Drängen der Arbeiter auch nachgegeben werden muß und wenn sich die ganze Unternehmerschaft dem gegenüber auf den Kopf stellt. Da gilt es also in weisem Zurückweichen dem Schlimmsten — nämlich dem gänzlichen Verbrauchsverbot bleihaltiger Mischungen — vorzubeugen. Das machen die keramischen Verbändler nun in der Weise, daß sie bedingungsweise die Gefahren der Bleiweißverarbeitung selbst eingestehen. Aber in den keramischen Fabriken sei die Bleiweißgefahr bei weitem nicht so groß als in den Bleifabriken, sagen die Herren und gern glauben wir das. Doch uns kommt es nicht auf den etwas höheren oder niedrigeren Grad der Gesundheitschädigung an — und auch die keramischen Betriebe weisen genügend Bleiweißvergiftungen auf — sondern auf die Gefahrenbeseitigung überhaupt. So weit will es jedoch der keramische Verband keineswegs kommen lassen und selbst wollen die Herren — nun wo sie es müssen — an die Regierung herangehen, damit diese Vorschriften gegen die Bleiweißverarbeitung unter möglichster Schonung der Unternehmer-Interessen erlasse. „Man solle nicht das Kind mit dem Bade ausschütten!“ hieß es auf der Berliner Generalversammlung. Also die Angst vor dem bißchen, so bitter notwendigen Fortschritt herrscht im höchsten Maße. Die Herren wissen, sie können den rollenden Stein nicht mehr ganz aufhalten, nun wollen sie ihn noch schnell in eine für sie möglichst harmlose Bahn drängen. Um nun der Regierung zu zeigen, wie harmlos bleihaltige

Glasuren für die Arbeiter sein können und um den Gesetzmachern die den Herren Unternehmern angenehmsten Vorschriften anzudeuten, wurde eine Kommission gewählt, „die sich mit der Bleifrage beschäftigen soll.“ Was durch diese Kommission für die Arbeiter herauskommen wird, dürfte sich schon daraus erkennen lassen, daß neben Dr. Wilkens aus Dresden die bekannten Feinde jeder ernstlichen Arbeiterorganisation Hohmann-Düffeldorf und Dr. Ehrlich-Schlierbach sitzen. Darnach könnte die Sache nett werden, wenn es — auf die Herren allein ankäme.

Von dem Hauptpunkt der Tagesordnung: Gründung eines Arbeitgeber- (richtiger gesagt eines Scharfmacher-) Verbandes weiß der Sprechsaal nur wenig zu berichten oder aber er durfte nicht mehr darüber sagen; denn den Herren wird das weitgehendste Still-schweigen hierüber am liebsten sein. Nur so viel verrät der Vorbericht, daß die versammelten Fabrikherren es eilig mit der Abhandlung dieses Punktes hatten und ihn an die zweite Stelle der Tagesordnung setzten. „Die Versammlung schloß sich in dieser Beziehung der Ansicht des Vorstandes an, daß der Verband als solcher nicht in einem Arbeitgeber-Verband umgewandelt werden solle.“ — So der vorliegende Bericht über diesen Punkt in seiner gänzlich erschöpfenden Fülle wiedergegeben. Mit anderen Worten heißt das: Einen Scharfmacher-Verband wollen wir wohl haben, aber wir genieren uns, unseren unter der Etikette einer mehr wirtschaftlichen Vereinigung laufenden Verband so offen als ein williges Instrument für Scharfmachereien politischer und gewerkschaftlicher Art auszugeben. Wahren wir nur die alte Firma der Harmlosen und gründen wir für unsere Heißsporne und „Ueber-Herren im Hause“ einen besonderen Zirkel zu Betätigungen von Liebhabereien à la Schlierbach, Teitau zc.

Nun, wir werden ja noch Gelegenheit haben auf diese Sache und die übrigen, welche die Generalversammlung beschäftigte, näher einzugehen. Jedenfalls werden unsere Kollegen, das heißt alle in den feinkeramischen Branchen beschäftigten Männer und Frauen erkennen, daß das organisierte Unternehmertum mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln seine Interessen verfolgt und ihnen zu Liebe gegen die Arbeiter rücksichtslos vorgehen wird, wenn es ihm dienlich erscheint. Ein Beispiel, dem wir, meinen wir es ernst mit unserem Streben um Besserung, unbedingt folgen müssen!

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Folgende Zahlstellen werden zur sofortigen Einsendung der **Verdienstlisten** und **statistischen Fragebogen** aufgefordert:

Althaldensleben, Coburg, Grünstadt, Hamm, Hüttensteinach, Manebach, Meuselbach, Neuahaldensleben, Neuhaus, Oberkößitz, Piesau, Rehau, Rudolstadt, Schmiedefeld, Sondershausen.

Statistische Fragebogen fehlen noch von Breslau, Gräfenthal, Hermsdorf, Rups, Probstzella, Waldsassen.

W. Herden, Verbandskassierer.

An die Zahlstellenkassierer.

Den Organempfängern geht mit dieser Nummer der „Ameise“ für die Zahlstellenkassierer eine Frageliste des statistischen Amtes zu. Die Karte ist mit den Angaben für das 2. Quartal (1. April bis 30. Juni) auch für diejenigen Zahlstellen, welche im

2. Quartal weder Arbeitslose am Ort noch auf der Durchreise zu verzeichnen haben, auszufertigen und in der Zeit vom 30. Juni (nicht früher) bis spätestens 4. Juli abzuschicken. Die Zahlstellenvorsitzenden werden ersucht, rechtzeitig an die Ausfertigung der Karten zu erinnern und sich in der Zeit vom 1. bis 4. Juli nach deren Absendung zu erkundigen. Zahlstellen, welche nicht pünktlich oder gar nicht einsenden, werden bekannt gemacht.

Diejenigen Kassierer, welche aus irgend einem Grunde mit dem Verbandsorgan die Karte nicht erhalten, wollen sich dieserhalb sofort an den Organempfänger wenden und wenn dies erfolglos geschieht, dann sogleich an das Verbandsbureau sich richten.

Der Verbands-Vorstand.

Aus unserem Berufe.

Leipzig. Die Kollegen, die gewillt sind, bei der Leipziger Firma Gräß, Kunst-Anstalt für Perlmutterbilder, Arbeit anzunehmen, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich zuvor über die Arbeits-Verhältnisse bei genannter Firma bei Hermann Meyer, Leipzig, Molkauerstr. 44, zu erkundigen.

In Neu-Isenburg drohen bei der Firma Otto Leroi (Frankfurter Emaillierwerk) Differenzen auszubrechen. — Kollegen, die beabsichtigen, bei genannter Firma einzutreten, werden ersucht, sich vor Stellungsannahme an den frankfurter Arbeitsnachweis unserer dortigen Zahlstelle zu wenden.

In Offenbach a. M. wurden, wie unseren Lesern noch erinnerlich sein dürfte, kurz vor Weihnachten letztvergangenen Jahres unsere bei der Firma J. F. Diezel arbeitenden organisierten Kollegen ausgesperrt. Ueber die Firma wurde die Halbsperre verhängt, da Herr D. ausdrücklich erklärte, keine organisierten Maler mehr beschäftigen zu wollen. Wir erinnern an diese Vorkommnisse, da die genannte Firma in der letzten Nummer der „Rundschau“ Maler für Galanterie-Artikel sucht. — Die Kollegen tun gut, unsere Warnung zu beachten.

In Kopenhagen bereiten für einige Arbeitsstellen unsere dortigen Kollegen eine Lohnbewegung vor. Ebenfalls bemühen sich unsere organisierten Genossen dortselbst einen Arbeitsnachweis zu errichten. Bei diesen Arbeiten rechnen die dänischen Porzellaner auf die Unterstützung der deutschen Kollegen. Diese werden daher in erster Linie ersucht, vor eventueller Arbeitsannahme nach Kopenhagen sich bei dem Vorsitzenden des keramischen Verbandes für Dänemark — August Andersen, Lampevej 45, Kopenhagen — über die dortigen Verhältnisse zu erkundigen.

In Schlierbach stehen die Dinge zur Zeit noch auf dem alten Fleck. Vom Vorstand weiß Genosse Wollmann in Schlierbach. — Für heute können wir uns demnach beschränken, nachstehendes wieder zu geben.

Durch das Entgegenkommen der „Rundschau“-Redaktion sind wir in der Lage, mit diesem Blatte zugleich eine „Berichtigung“ der Schlierbacher Arbeitswilligen zu bringen, bei deren Lektüre bei unseren Lesern die Heiterkeit nicht ausbleiben wird. Voraus-schicken wollen wir, daß diese „Berichtigung“ durchaus nichts, aber auch absolut gar nichts berichtigt, im Gegenteil, das von unserem Genossen Quint Gesagte in erschöpfendster Weise bestätigt und den Mangel an sachlichen Widerlegungs-Gründen durch eine Flut von Schimpereien zu ersetzen sucht, deren Fülle bei den gegenwärtigen Zuständen in der Schlierbacher Fabrik uns nicht Wunder nehmen kann. Ferner liefert dieses Schriftstück einen

geradezu klassischen Beitrag zu der Naturgeschichte der „Arbeitswilligen“, so daß wir dieses Schreiben — nur ein wenig in der Grammatik und Zeichensetzung korrigiert — unverfälscht wieder geben: „Schlierbach, den 18. 6. 04. Titl. Redaktion der „Keramischen Rundschau“ Berlin SW. 68. In Nr. 25 der Keramischen Rundschau befindet sich eine Erwiderung des Redakteurs Quint aus Frankfurt a. M., betreffend den Ausstand in Schlierbach. In derselben werden die Arbeiter der Fabrik, obgleich dieselben diesen Mann noch nicht beleidigt haben, von demselben in der frechsten und gemeinsten Weise beschimpft. Die Arbeiter sind nun darauf gezwungen, gegen solche Ausdrücke energisch Protest zu erheben. Wir bitten nun eine geehrte Redaktion um Aufnahme folgender Berichtigung in nächster Nr. Ihres Blattes: Obgleich die Arbeiterschaft der Wächtersbacher Steingutfabrik einen Menschen von der Sorte eines Quint mit Verachtung begegnet, so können diese doch nicht umhin, der Öffentlichkeit einen Bericht zu geben, welchen „Eindruck“ dieser Mensch bei seinem Rundgange durch die Fabrik auf uns Arbeiter machte. In den Vormittagsstunden anfangs Februar erschien unser Herr Direktor und Herr Tepling in Begleitung eines finster darenin blickenden Mannes. Derselbe wurde an jeden Arbeitsplatz geführt. Mit dem Ausdruck tödlichsten Hasses (!! D. R. d. A.) betrachtete der Fremde jeden Arbeiter. Hätten Blicke töten können, so wäre keiner der Anwesenden lebend geblieben; sein Gesichtsausdruck war geradezu unheimlich. (Das ist ja fürchterlich! D. R. d. A.) Man merkte an diesen Blicken die Wut, dabei doch die Erkenntnis, daß die Arbeitswilligen ihre Arbeit gut verstehen und seine beabsichtigte Vermittelung ergebnislos sein werde. Hätte dieser Mann in dem Augenblicke sein eigenes Gesicht gesehen, dann hätte ihm wohl noch mehr die Haut geschauert; denn ein Anarchist (Hu, hu! D. R. d. A.) hätte kein verzweifelteres Gesicht machen können und sein beliebter Ausdruck von den ausgeprägten Verbrecherköpfen hätte noch besser gepaßt. (Retourkutsche! D. R. d. A.) Als nun dieser Besuch wieder fort war, frug man ganz erstaunt, wer war der unheimliche Fremde? Bald darauf erfuhren wir, daß dieses der Redakteur Quint von der Sozialistischen Volksstimme aus Frankfurt a. M. war. Es ist ja kein Wunder, wenn Menschen von der Sorte Quints einen fanatischen Haß auf die hiesige Arbeiterschaft haben, denn von dieser erhalten solche Heßer keinen Arbeitergroßchen für verlogene Propaganda. (Alle Kamellen! D. R. d. A.) Wir wollen zugleich vorher erklären, daß wir diese Erwiderung ohne „Veranlassung“ des Herrn Direktors einsenden, damit nicht später dieser saubere Herr die Lüge aufbringt, daß wir gezwungen wurden, diese Berichtigung zu schreiben. Es ist ferner unwahr, wenn Quint schreibt, daß jeder Arbeiter, den der Direktor aufruft, in strammer Haltung mit den Händen an der Hosennaht aufsteht, wenn vielleicht ein Arbeiter, welcher seit kurzem vom Militär kommt, seine Achtung dadurch bezeugt, so braucht dieser nicht zu behaupten, es wäre in der Fabrik so „eingeführt“. Es ist diese Behauptung erlogen und infam. Im Gegenteil erfreuen sich die Arbeiter einer humanen und freundlichen Behandlung seitens des Herrn Direktors und Vorgesetzten.

Die Arbeiter weisen diese gemeinen Ausdrücke, welche Quint in seiner Berichtigung aufstellt, mit Entrüstung zurück und haben nur noch Worte der Verachtung für einen Menschen, welcher diese ohne Veranlassung mit solchen frechen Worten beleidigt. Wir

sind überzeugt, daß auch die Öffentlichkeit diese Beleidigung von dem Manne gegen uns mißbilligen wird. Achtungsvoll die Arbeiterschaft der Wächtersbacher Steingutfabrik in Schlierbach bei Wächtersbach.“ (Folgen 320 Unterschriften.)

Die 320 Unterschriften haben wir nicht zu sehen bekommen und allem Anschein nach auch die Redaktion der „Rundschau“ nicht. Aber wenn dem so wäre, so änderte dies an unserem Glauben nichts, daß diese „Berichtigung“ denselben Urheber hat als wie jene schöne Illustration, die auf Postkarten gedruckt versendet wurde. Freilich, so wie man die Urhebererschaft dieser Karte abschwört, wird „man“ auch von jener Berichtigung „nichts gewußt“ haben. Jedenfalls genügt uns dieselbe auch so. Besonders ungeschickt war es jedoch von ihrem Verfasser — wenn es wahr ist, was dazu behauptet wird — ohne Wissen der obersten Fabrikleitung jene Zeilen in die Welt zu jagen. Denn aus diesem Schriftstück geht unzweifelhaft hervor, daß unser Genosse Quint eher alles andere bei dem Fabrikbesuch empfunden und gesagt haben kann, als das was ihm in dem Artikel in Nr. 23. der „Rundschau“ unterschoben wird. Der Gewährsmann derselben hat also — er wird es nun wohl selbst eingestehen müssen — ganz erbärmlich geflunkert. — Das noch einmal festgestellt zu sehen auch von gegnerischer Seite — ist uns eine ungemein große Befriedigung und als erheiternde Zugabe nehmen wir obige „Berichtigung“ gern mit in den Kauf.

An die Schildermeister Berlins richten sich folgende, uns zugegangenen Zeilen: Um den Ausbau der Organisation noch mehr als wie bisher zu ermöglichen und die Agitation noch viel energischer und intensiver als wie bis jetzt betreiben zu können, bittet Unterzeichneter die Kollegen um die Adressen einzelner Schildermeister, welche bei uns noch nicht organisiert sind. Wir werden dann weitere Schritte tun können, um die Kollegen für uns zu gewinnen, denn es fehlt dem Einzelnen manchmal häufig nur an die Gelegenheit sich zu organisieren. Alle Kollegen, welche von Anfang an mitgearbeitet haben, unsere Vereinigung zu stande zu bringen, werden wissen, was auf die Schultern der Einzelnen gelegt worden ist. Doch der Lohn ist uns ja nicht entgangen. Denn wer hätte wohl vor Jahresfrist geglaubt, daß weit über 100 Schildermeister in Berlin in einer geordneten Zahlstelle (des Porzellanarbeiterverbandes) vereinigt sein werden? Darum, Kollegen, beherzige jeder von euch den schönen Spruch am Kopf der „Ameise“: „Immer strebe zum Ganzen zc.“ Denn wer nicht für uns ist, ist gegen uns, also auf Seite der Unternehmer. Schon haben heute etliche der Unternehmer und Kleinmeister Wind bekommen, wohin die Fahrt geht und viele nehmen den Mund heut nicht mehr so voll wie früher (die Kollegen wissen wen ich meine) und doch haben wir jetzt schon kleine Vorkämpfe gehabt. Und nur unserem festen Zusammenschluß haben wir es zu danken, daß wir aus diesen Affären fester hervorgegangen sind. Haben wir doch in letzter Zeit in betreff der Ueberstunden das erstanden! (Otto Grund u. Co.) Also, Kollegen, jeder beteilige sich an der Kleinarbeit; denn diese ist die schwerste und der Lohn wird nicht ausbleiben. Sollte es dem einen oder dem anderen an Agitationstalent fehlen, so ist es ja für diese Kollegen ein leichtes, anderer Kollegen Wohnung, Lokal, Arbeitsstätte zu erfahren und der Verwaltung oder irgend einem organisierten Kollegen davon Mit-

teilung zu machen. Darum, Kollegen, bitte ich nochmals um Adressen von Kollegen, welche man schon fünf mal zur Versammlung eingeladen hat und von denen noch niemals einer erschienen ist. Es kommen hierbei hauptsächlich die Firmen Bartel, Rüterbusch, Lenau und Sonntag in Betracht. Geschäfte, in denen doch immer 5 bis 6 Mann beschäftigt sind. Wenn auch heute etliche von unseren Kollegen in guter Stellung stehen, haben sie noch immer keinen Grund, nicht mit uns zu kämpfen. Sondern im Gegenteil! Werkführer kann ja doch nicht jeder einzelne Kollege werden. So viele Geschäfte gibt es ja gar nicht. Wenn von unten der Lohn steigt — und gefordert wird, dann werden auch die besser gestellten Kollegen ihrerseits Forderungen stellen können, was uns dann geschlossen ein leichtes sein wird. Und darum, nochmals jeder an seinen Posten, jeder an seinen Platz, jeder wo er hingestellt ist. Wenn auch nicht alle Tage im Leben sonnige sind, deshalb immer vorwärts und immer unser Ziel im Auge behalten, mag kommen was da kommen will! Sinein in die Organisation, keiner darf fehlen. Es kommt jedem einzelnen und uns allen einmal zu gute und das beherzigt, wer te Kollegen!
Kollege Reinh. Buchholz.

Soziales, Gewerkschaftliches etc.

* Der Buchdrucker-Verband hat kürzlich seinen Rechenschaftsbericht für das Jahr 1903 herausgegeben. Hervorgehoben werden in demselben besonders die weiteren Fortschritte auf dem Gebiete der Tarifanerkennung. Namentlich im Gau Rheinland-Westfalen ist in dieser Hinsicht ein erheblicher Fortschritt zu verzeichnen. Auch der Verein der west- und ostpreussischen Buchdruckereibesitzer hat beschlossen, seinen bis dahin für ihn gültigen Sondertarif aufzugeben und den deutschen Buchdruckertarif zur Einführung zu bringen. Damit steht zu hoffen, daß der Tarif in absehbarer Zeit in allen Druckorten Deutschlands zur Anerkennung gelangen wird. Nach dem letzten Tarifverzeichnis wurde der Tarif in 1315 Städten von 4251 Firmen, die ca. 40 000 Gehilfen beschäftigten, anerkannt; gegen das Jahr 1902 ein Mehr von 307 Orten mit 977 Firmen und 3864 Gehilfen. Das Tarifamt hat außer seiner üblichen Tätigkeit auch eine wertvolle Statistik über die Lohn-, Arbeits- und Lehrlingsverhältnisse, sowie die Sechsmaschinen betreffend, aufgenommen, die 4157 Firmen in 1161 Druckorten mit 44 041 Gehilfen umfaßt. — Die Mitgliederzahl des Verbandes ist von 34 598 auf 37 341 gestiegen. Größere Lohnbewegungen fanden seitens der Schriftgießer in Frankfurt a. M., Offenbach und Leipzig statt. In den beiden erstgenannten Orten kam es nach kurzer Zeit zu einer Verständigung; in Leipzig trieben es die Prinzipale durch ihr ablehnendes Verhalten zum Ausstande. — Was das reichhaltige Unterstützungswesen dieses Verbandes anbelangt, so ist dem Berichte zu entnehmen, daß die Arbeitslosigkeit sich im Berichtsjahre allerdings etwas gemindert hat, so daß trotz gestiegener Mitgliederzahl der für Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung gezahlte Betrag gegen das Vorjahr um 111 920,22 Mark zurück blieb; immerhin aber hält es der Verband infolge der technischen Entwicklung im Gewerbe für seine dringende Aufgabe, der an sich noch großen Arbeitslosigkeit weiter entgegen zu wirken durch Forderungen auf Herabminderung der Ueberstunden und Beschränkung der Lehrlingszahl. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in den Orten

und auf der Reise belief sich auf 896 658, die Zahl der Krankentage auf 429 657. Es hat demnach $6\frac{3}{4}$ pCt. sämtlicher Mitglieder an Arbeitsgelegenheit gefehlt und $3\frac{1}{2}$ pCt. waren das ganze Jahr hindurch krank. Von den Finanzen heißt es: Einnahmen und Ausgaben der Verbandskasse inkl. der Bestände bilanzieren in der Summe von 5 212 364,50 Mk. Veräusgabte wurden u. a.: an Reise-Unterstützung 242 857,65 Mk., Arbeitslosen-Unterstützung 542 798,50 Mk., Unterstützung an vorübergehend Arbeitsunfähige 583 672,28 Mk., an dauernd Arbeitsunfähige 169 308,75 Mk., Begräbnisgeld 33 291,95 Mk. u. s. w. Das Vermögen des Verbandes beträgt 3 428 014,88 Mk. Die Herstellung des Verbandsorgans „Correspondent“ erforderte einen Zuschuß von 13 379,33 Mk. Aus der Zentral-Invalidentasse in Liquidation, die einen Vermögensstand von 545 769,46 Mk. aufweist, sind an 131 invalide Mitglieder 48 337 Mk. Unterstützung gezahlt worden. Die Zahl der vom Verbandsverband zu unterstützenden dauernd arbeitsunfähigen Mitglieder ist seit dem Vorjahre von 394 auf 445 gestiegen.

* In Stettin erlangten die ausständig gewesenen Seeleute einen nicht unbedeutenden Erfolg, indem ihnen außer einigen anderen Zugeständnissen eine Erhöhung der Monatsheuer — je nach den einzelnen Branchen — von 2 bis 10 Mk. zu teil wurde. — Ebenfalls zu Gunsten der Arbeiter wurde der Streit der Bergarbeiter in Berlin beendet. Hier erlangten die Arbeiter die Einsetzung einer paritätischen Schlichtungskommission, eine teilweise Lohnerhöhung und die Anbahnung eines Lohntarifs für die Backen.

Internationales.

Die englischen Gewerkschaften im Jahre 1903. Nach dem vor kurzem erschienenen amtlichen Bericht über die englischen Trades Unions waren Ende vorigen Jahres 1 535 184 Arbeiter in gewerkschaftlichen Verbänden organisiert. Gegenüber dem Jahre 1902 bedeutet dies nur eine Zunahme von 8315 Mitgliedern. Viel stärker als die Mitgliederzahl sind dagegen die Fonds der Gewerkschaften gestiegen. Die 589 Trades Unions verfügten am Ende des Jahres 1903 insgesamt über 4 809 383 Pfund Sterling (über 96 Millionen Mark) gegen nur 4 442 000 (88 840 000 Mk) im Jahre vorher. Auf den Kopf eines jeden Mitgliedes entfallen aus den vorhandenen Fonds durchschnittlich 62,65 Mark. Die Zunahme ist, gemessen an der der deutschen Gewerkschaften, äußerst gering; wie es scheint, haben die Trades Unions ihren Höhepunkt erreicht; wenigstens soweit Arbeiterschichten in Frage kommen, auf deren Gewinnung die Unions bisher allein Wert gelegt haben. Dagegen bleiben auch in England noch ungeheure Massen, namentlich ungelerner Arbeiter zu organisieren übrig. Ferner ist es auch in England noch nicht gelungen, die Arbeiterinnen in ihrer Mehrheit zur gewerkschaftlichen Organisation heranzuziehen.

Die nächste internationale Arbeiterschutzkonferenz soll, wie nunmehr bestimmiter verlautet, im Mai nächsten Jahres in Bern stattfinden und statt der Formulierung bloßer Wünsche diesmal bindende Beschlüsse treffen. Durch diese Beschlüsse bezw. Verträge sollen sich die an der Konferenz teilnehmenden Regierungen untereinander verpflichten, ihren Parlamenten Gesetzentwürfe vorzulegen, deren Annahme die gesetzliche Festlegung der von der Konferenz festgesetzten

Mindestforderungen zur Folge haben würde. Es sollen daher nicht sämtliche Arbeiterschutzzfragen auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden, der schweizerische Bundesrat wird vielmehr der Konferenz nur folgende drei Fragen unterbreiten: 1. über das Verbot der Verwendung von weißem Phosphor, 2. über das Verbot der gewerblichen Nachtarbeit für Frauen, 3. über die endgiltige Organisation und Sicherung des internationalen Arbeitsamtes. Bezüglich des letzteren Punktes handelt es sich darum, dem internationalen Arbeitsamte in Basel eine endgiltige Organisation zu geben, da diese Einrichtung heute noch als ein privates Amt betrachtet wird, dem es auch noch an einer gesunden materiellen Basis fehlt.

Vermischtes.

— Regierung und Arbeiter. Der in Hamburg vor kurzem stattgehabte Genossenschaftstag deutscher Konsumvereine mußte ebenso wie die Kongresse der freien Gewerkschaften darauf verzichten, Regierungsvertreter in seiner Mitte zu begrüßen oder von solchen begrüßt zu werden. Obwohl alle etwa in Betracht kommenden Behörden besonders eingeladen waren, ließ sich keine derselben vertreten. Der Staatssekretär vom Reichsamt des Innern, Graf v. Posadowsky, bedauerte, infolge von Dienstgeschäften keine Zeit zu haben, — eine bekannte Absage. Etwas eingehender antwortete der hamburger Senat, „daß er zu seinem Bedauern den Umständen nach nicht in der Lage sei“, sich hier vertreten zu lassen. Der Vorsitzende des Kongresses bemerkte dazu, daß der Senat in dessen Zeit gesunden habe, sich den Tag zuvor auf der Internationalen Hundenausstellung vertreten zu lassen! Diese Mitteilung lief sich wie ein cynischer Scherz. — Es kann in der Tat keine böshaftere Satire geben, als wenn sich die Gunst, die die Regierungen den Arbeitern vorenthalten, den treuen Hundeseelen zuwendet.

— Der deutsche Reichstag ging am 16. Juni in die Ferien, die bis spätestens den 29. November dieses Jahres dauern dürfen. Das Reichs-Parlament beendete für einstweilen seine Arbeiten mit der Annahme des Gesetzes über die Kaufmannsgerichte. Die 3. Lesung ließ das Vermutete eintreten. Dank der wacklappigen Haltung der Zentrums-partei blieben die in 2. Lesung dem Gesetze eingefügten Verschlechterungen bestehen und das Frauenstimm- und Wahlrecht fiel auch in der 3. Lesung. Die Sozialdemokraten stimmten hauptsächlich aus diesen Gründen gegen das ganze Gesetz. — So gingen denn die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien mit dem Bewußtsein nach Hause, wieder einmal einen geringen Fortschritt gehemmt zu haben. — Die Schlussitzung war die hundertste in der laufenden Periode und die kurze Abenditzung endete zu derselben Stunde, in der vor einem Jahre, am 16. Juni 1903, der Telegraph bereits die ersten Wahlergebnisse verbreitete. Das Wachsen der sozialdemokratischen Stimmen und Mandate jagte den bürgerlichen Parteien einen gewaltigen Schrecken ein, den sie aber bereits wieder vergessen haben. Sonst hätten sie um keinen Preis durch die Annahme derart verschlechterter Gesetzentwürfe — wie es der über die Kaufmannsgerichte ist — gleich wieder der weiteren Vermehrung der sozialdemokratischen Kräfte vorgearbeitet.

— Der erste Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ist am Sonntag und den folgenden fünf Tagen unter Leitung des Verbands-

direktors Madestock in Hamburg abgehalten worden. Vertreten waren 170 Vereine mit 360 Delegierten, außerdem Deputationen französischer, englischer und schwedischer Genossenschaften. Das Referat des Verbandssekretärs Kaufmann gab eine Uebersicht über den Umfang des deutschen Konsumvereinswesens und über die Bedeutung des Zentralverbandes unter diesen. Für den 1. Januar 1904 ergaben sich folgende Zahlen: Es bestehen in Deutschland 1915 Konsumvereine mit 1 023 644 Mitgliedern, 250 Millionen Mark Umsatz, 25 Millionen Mark Reingewinn, 20 Millionen Mark Geschäftsanteilen und 30 Millionen Anleihen. Von diesen Vereinen gehörten dem Zentralverband deutscher Konsumvereine 684 Verbandsvereine und 683 berichtende Vereine mit 575 449 Mitgliedern an. Im ganzen steht Deutschland mit seinem Konsumvereinswesen an zweiter Stelle. An erster Stelle steht Großbritannien mit 1481 Vereinen, 1 987 768 Mitgliedern und einem Umsatz von 1152 Millionen Mark pro Jahr, das ist mehr als die Konsumvereine aller Länder zusammen. Die deutschen Konsumvereine stellen bereits ein Zehntel ihres Bedarfs in eigenen Betrieben her. Die Gesamtzahl der beschäftigten Personen betrug 6440, der Geschäftsertrag sämtlicher Konsumvereine 27 150 921 Mk. Die Verwaltungskosten, Löhne und Gehälter beliefen sich auf 10 064 913 Mk. = 6,8 pCt. An Steuern wurden im letzten Jahre gezahlt 1 242 086 Mark

— Ein neues „Weltblatt“ gegen die Arbeiterbewegung soll gegründet werden. Schon August Scherl, der vielvermögende Herausgeber des „Berl. Lokal-Anz.“ wollte mit seiner Sparzeitung diesem „Bedürfnis“ Rechnung tragen. Aber das Projekt fiel ins Wasser und dem neuen deutschen Sozialisten-Vernichtungs-Bund, der sich der Führung des ehemaligen Generalleutnants Liebel erfreut, war es vorbehalten, den Gedanken Scherl's weiter zu spinnen. Bloß das nötige Kleingeld — nebenbei gesagt drei Millionen Mark — fehlt noch, um das geplante staatszerhaltende Unternehmen Wirklichkeit werden zu lassen. — Darnach wird dann aber die Arbeiterbewegung sicher vernichtet — ??

— Die bürgerliche Frauenbewegung erfuhr von einer ihrer Angehörigen eine recht treffende Kritik. Ueber das Thema: Die „Kaufmannsgerichte und die Frauen referierte auf dem berliner Frauentongress ein Fräulein von Roy-Königsberg. Die Rednerin begann mit dem Hinweis, daß die Handlungsgehilfinnen-Vereine für die weiblichen Angestellten das aktive und passive Wahlrecht zu den Kaufmannsgerichten fordern. Dann warf sie die Frage auf: Was haben die Frauenvereine getan, um diese Forderung zu unterstützen? In ihrer großen Mehrheit zeigten die organisierten Frauen wenig Interesse für diese Forderung. Schuld daran ist dieser Kongress. Die Vorbereitung desselben nahm die Frauenorganisationen so in Anspruch, daß sie nicht Zeit hatten, für die Forderung der Handlungsgehilfinnen etwas zu tun. Gestern — sagte die Rednerin — wurde in diesem Saale vor fast leeren Bänken über die Frau im Handelsgewerbe verhandelt. Wir hatten erwartet, daß man hierherkommen würde und noch im letzten Augenblick, ehe der Reichstag das Wahlrecht der Handlungsgehilfinnen endgiltig ablehnt, für unsre Forderung die Stimme zu erheben. Statt dessen diese Interessenslosigkeit. Die Vertreter der Regierung haben uns ja empfangen, aber als Damen, nicht als organisierte Frauen, die ihr Recht fordern.“ — Es ist nicht zu erwarten, daß diese ernst und aufrichtig gemeinten Worte bei den

bürgerlichen Frauenrechtlerin eine besonders nachhaltige Wirkung erzielen werden.

— Augsburg. Vor dem Schöffengericht stand hier der Bierbrauergehilfe Michael Schell wegen gefährlicher Körperverletzung. Er hatte einem Kollegen, der ihn während der Frühstückspause zum Beitritt in den Verband aufmunterte, am Kopfe einen Maßkrug zerschlagen und verteidigte sich, dem Richter seine „gute“ Gefinnung verratend, damit, daß er durch die „sozialdemokratischen Hebereien“ der Verbandsmitglieder gereizt worden sei. Der Amtsanwalt beantragte für den schon mit zwei Jahren Gefängnis vorbestraften rohen Menschen 30 M. Geldstrafe und bemerkte, daß schon eine große Portion Noheit dazu gehöre, auf die berechnete Anforderung eines Kollegen, zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse in die Organisation einzutreten, diesen zu beleidigen und ihm einen Literkrug an den Kopf zu schlagen, zudem die auf dem Koalitionsrecht aufgebauten Arbeitervereinigungen nur Vorteile für ihre Mitglieder bringen. Das Gericht ging aber über den Antrag hinaus und verurteilte den „gutgesinnten Arbeiter“ zu 5 Tagen Gefängnis. — Ein seltener Fall in unserer heutigen, den lieben schwarzen Brüdern sonst so wohlwollenden Rechtsprechungs-Zeit.

— In Leipzig ist die Gründung eines Sanitätsvereins vollzogen worden. Der monatliche Beitrag beläuft sich auf 50 Pf. bzw. 75 Pf. für solche Personen, welche der Ortskrankenkasse nicht angehören können; es wird dafür freie ärztliche Behandlung für jedes erkrankte Familienmitglied gewährt. Die Errichtung des Sanitätsvereins machte sich nötig, weil unter den obwaltenden Differenzen mit den alten Ärzten und der Aufsichtsbehörde die Familienbehandlung einseitig nicht wieder eingeführt werden soll, weiter aber die Kreishauptmannschaft die Behandlung erkrankter Familienmitglieder durch die Distriktsärzte in den Beratungsanstalten verboten hat.

— Ein preussischer Regierungsrat als Arbeiter ist gewiß keine Alltagserscheinung. Dieser seltene Mann ist der Regierungsrat Kolb in Wiesbaden, welcher da auszog „um die Existenzbedingungen des amerikanischen Proletariates, welches — auch in seinen deutschen Bestandteilen — vom kommunistischen Evangelium nichts wissen will, kennen zu lernen“. Aber der ernsthafteste Regierungsmann hat während seiner ungefähr ein halbes Jahr dauernden Arbeiterherrlichkeit recht herbe Erfahrungen gemacht, so, daß er offen gesteht: „Die Energie war mir ausgegangen!“ Sein Urteil ist schließlich: „Nicht unparteiisch, sondern mit vorgefaßter An- und Absicht war ich zu Werke gegangen. Fremd, ablehnend stand ich der modernen Arbeiterbewegung gegenüber. Gegen sie und gegen die, welche ihr Vorschub leisteten, wollte ich Material gewinnen im Umgange mit dem ihr gleichfalls abholden, sozialpolitisch indifferenten Proletariat der Vereinigten Staaten. Mir ist geschehen wie wohl jedem aus unseren Reihen, der ehrlich um diese Fragen sich müht: ich fand Probleme, wo ich Axiome wähnte.“ Wenn doch noch mehr Leute aus diesen Kreisen dem Beispiele des Regierungsrates Kolb folgen möchten. Thüringen, Schlesien u. s. w. bieten in den keramischen Industrien nicht minder resultatreiche Studienobjekte.

— Die Bekämpfung der Lungenschwindsucht, des furchtbaren inneren Feindes, wie Posadowsky vor einiger Zeit in seiner Eröffnungsrede der Hauptversammlung des Zentralkomitees zur Errichtung von

Heilstätten für Lungenkranke sagte, hat seit Bestehen dieser Institution die Aufwendung von 30 Millionen Mark verursacht. Aufgebracht ist diese Summe in der Hauptsache aus öffentlichen, zu einem ansehnlichen Teile aber auch aus Mitteln der Privatwohlthätigkeit. Seit Begründung dieses über ganz Deutschland verzweigten Vereins hat die Bekämpfung der Tuberkulose wesentliche Fortschritte gemacht. An in Betrieb befindlichen Volksheilstätten besaß das Deutsche Reich mit Beginn des Jahres 1904 insgesamt 69. Die Anzahl der in diesen Anstalten zur Verfügung stehenden Betten beläuft sich auf zusammen 5800. Außerdem sind in Deutschland noch 25 Privatheilstätten für Lungenkranke vorhanden, von denen die Mehrzahl gleichfalls auch Minderbegüterten und Kranken der Versicherungsanstalten zu mäßigem Preise Aufnahme gewährt. Im Bau begriffen sind zur Zeit 9 Heilstätten, geplant außerdem noch 18 Anstalten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der nach wissenschaftlichen Grundsätzen geführte Kampf gegen die Tuberkulose sichtbare Erfolge aufzuweisen hat. Für die Jahre 1892 bis 1900 waren zehn deutsche Staaten an der Statistik über die Tuberkulose beteiligt. Nach dieser Statistik starben in jenen zehn Bundesstaaten in den vier Jahren 1897—1900 trotz der Zunahme der Bevölkerung im Durchschnitte jährlich 7566 Personen weniger an Tuberkulose als durchschnittlich in jedem Jahre des Zeitraumes von 1892 bis 1895. Für die Jahre 1901 und 1902 steht eine gleiche Statistik aus 20 Bundesstaaten zur Verfügung. Darnach betrug der Rückgang der tuberkulösen Sterblichkeit von 1900 bis 1901 4,40 Prozent, von 1901 bis 1902 1,04 Prozent. Bei den Verhandlungen wurden eine Reihe von unmittelbaren und mittelbaren Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Volksseuche empfohlen und als Richtschnur angenommen. Dieselben beziehen sich auf zweckdienliche Behandlung in Heilstätten und Krankenhäusern und die rechtzeitige Ermittlung Lungenkranke durch Errichtung von Fürsorgestellen, wie sie sich in Köln so gut bewährt haben, desgleichen auf die Unterhaltung und Behandlung nichtversicherter Personen. Die mittelbar zur Bekämpfung der Lungenschwindsucht dienenden Maßregeln sollen bestehen: 1. in einer zeitgemäßen Bodenpolitik (Aufstellung von Bebauungsplänen, die den Bau kleiner Wohnungen begünstigen), 2. im Bau von Arbeiterwohnungen für die Gemeindebetriebe, 3. in der Unterstützung der gemeinnützigen Baugenossenschaften: a) durch Vergabe von Gelände zu mäßigem Kaufpreise, b) durch Ermäßigung der Straßenbaukosten, c) durch Beleihung der Hausgrundstücke oder durch Uebernahme von Zinsgarantie für Darlehen der Versicherungsanstalten. Weder bei Erwägung der mittelbaren wie der unmittelbaren Maßnahmen gedachte aber dieser Kongreß der direkt wirkenden Mittel, die von den Organisationen der Arbeiter zwar immer gefordert, den herrschenden Klassen jedoch stets nur mit den schwersten Waffen und nach zähstem Widerstande abgerungen werden können: Auskömmlicher Lohn, kurze Arbeitszeit, lichte, lustige und reinliche Arbeitsräume! Ferner bedeutet die bisher zu diesem Kulturzweck aufgewendete Summe von 30 Millionen Mark herzlich wenig, wenn man ihr die kolossalen Ausgaben, die der deutsche Arbeiter zu Gunsten des Militarismus und Marinismus decken muß, entgegenhält!

Versammlungsberichte etc.

sch. **Nahla.** Vom Wetter begünstigt fand das seit 8 Jahren wieder einmal abgehaltene „Allgemeine Porzellanarbeiterfest“ am Sonntag, den 19. Juni,

statt. — Waren die Erwartungen auf starke Beteiligung der auswärtigen Kollegen, von welchen der Wunsch nach einem derartigen Feste gehegt worden war, nicht so ausgefallen, als man gehofft, so konnte doch erfreulicher Weise die Wahrnehmung gemacht werden, daß trotz der gehegten Zweifel die kaisler Arbeiterkollegen um so zahlreicher sich eingestellt hatten. Schon in frühen Morgenstunden trafen auswärtige Kollegen ein, um sich an dem Auszug nach dem herrlich gelegenen Ausflugsort „Die Deuchenburg“ beteiligen zu können, welchem sich nach Rückkehr ein gemeinschaftliches Mittagessen im Rosengarten anschloß. — Der um 8 Uhr angelegte Festzug durch die Straßen der Stadt machte einen imposanten Eindruck und erregte die helle Freude der sich daran Beteiligten. Der Festzug wurde eröffnet durch Mitglieder vom Arbeiter-Radsfahrer-Klub „Frisch auf“-Nahla, mit geschmackvoll geschmückten Rädern. Ihnen folgte die auf 20 Mann verstärkte Stadtkapelle, der Festauszug, die dem Dreher- und Malerpersonal gehörige, mit Eichenkranz geschmückte Fahne, welche wohl über 10 Jahre das einsame Plätzchen des Vereinshausbodens hat einnehmen müssen. Hierauf die Fremden und zum Schluß die unendlich lange Kette der kaisler Kolleginnen und Kollegen. — Hatten sich auch viele Kollegen beteiligt, so konnte man jedoch bei dem Umzug noch genötigt antreffen, welche beschämt ob ihrer Nichtbeteiligung, um nicht bemerkt zu werden, diesen oder jenen Schlupfwinkel aufgesucht hatten. Jedoch genug, eine volle Befriedigung hatte der ungefähr 600 Personen zählende Festzug doch hervorgerufen und die diesmal Nichtbeteiligten werden durch den Umzug die Ueberzeugung gewonnen haben, daß auch sie mit bestrebt sein müssen, an dem Ausbau der Kollegialität und Einigkeit mitzuarbeiten. — Großes Drängen und Treiben herrschte auf dem Festplatze, welcher schon vor Einrücken des Festzuges dicht besetzt war und ebenfalls das mit Recht zu bezeichnende „Arbeiterheim der Porzellanarbeiter“ der „Rosengarten“, der die anwesenden ungefähr 900—1000 zählenden Personen kaum zu fassen vermochte. Befriedigend konnte man den Eindruck gewinnen, wie die Kollegialität den ersten Platz eingenommen hatte und gemeinschaftlich ob Dreher oder Pader, Maler oder Brennhausarbeiter u. s. w. sich als Arbeiter ohne Unterschied zusammen gefunden hatten. Ein erfreuliches Zeichen, daß mit den alten Anschauungen, dem Klassen- oder Standesdünkel gebrochen und die Einsicht Platz gegriffen hat, daß für einen jeden Arbeiter, sei es in welchem Fach er tätig ist, ein Zusammengehen und — stehen die aller-notwendigste Bedingung sein muß. — Das von der Stadtkapelle gegebene Konzert kam in seinen einzelnen Nummern großartig zur Ausführung und erntete dieselbe reichen Beifall der Anwesenden. — Ebenfalls wurde dem beliebten Arbeiter-Gesangverein „Freie Sänger“, welcher durch Vortrag einiger Lieder das Fest zu verschönern half, allgemein lebhaft Anerkennung zu teil. — Die Festrrede, welche vom Reichstagsabgeordneten D. Stüdlern übernommen war, hatte derselbe wegen Heiserkeit in letzter Stunde abgelehnt und werden es dauernde Merkmale bleiben, mit welchen uns derselbe zu wiederholten Malen bedacht hat. — An seiner Stelle hatte der Gen. Horn die Festrrede bereitwillig übernommen und erledigte sich derselbe seiner Aufgabe in befriedigender Weise. Mögen die Worte auf fruchtbaren Boden gefallen sein und nicht nur als Festrrede, sondern zur Aufklärung und zum Fingerzeig auf einen festen Zusammenschluß aller in der Porzellanbranche arbeitenden Kollegen auch für fernere ihre Einwirkung behalten. — Abends fand Illumination und Gartenkonzert und für die tanzlustigen Festteilnehmer Ball statt, an welchem die beiderseitige Inanspruchnahme bis zur frühen Morgenstunde nichts zu wünschen übrig ließ. — Im großen und ganzen verlief das Fest in musterhafter Weise, wie es bei derartigen Festen der alte Brauch stets gewesen ist. Möge einem jeden Teilnehmer das Fest eine Erinnerung bleiben und die Zeit nicht zu lange verstreichen, bis ein derartiges Fest wieder einmal in den Porzellanarbeiterkreisen gefeiert werden kann. Möge es mit dazu beigetragen haben, daß es bei allen Teilnehmern Anklang gefunden hat und wir in Zukunft die Lehre ziehen können, daß wir nicht nur zu Vergnügungen, sondern auch zu ernstlichen Zeiten ein geschlossenes Ganzes zu bilden in der Lage sein werden und dazu möge dieses Fest seine volle Wirkung beigetragen haben. — Denjenigen, welche zur Verschönerung des Festes uns ihre Unterstützung zu teil werden ließen, sei hiermit nochmals der verbindlichste Dank ausgesprochen. Das Komitee.

sch. **Pronach.** Vor Eintritt in die Tagesordnung der Monatsversammlung vom 4. Juni brachte der Vorsitzende den Todesfall des Mitgliedes Nikolaus Schneider in Erinnerung. Von 80 Mitgliedern waren 34 anwesend. Der Zahlstellenkassierer Melchior Schedel erstattete den Kassenbericht pro 1. Quartal und anschließend daran gab der anwesende Revisor Genosse Winterstein den Revisionsbericht aus welchem ersichtlich war, daß Kassen und Bücher in vollster Ordnung sind. Es wurde dem

Kassierer seitens der Versammlung einstimmig Decharge erteilt. Nun wurde zur Wahl eines Bibliothekars geschritten und wurde Genosse August Langbein einstimmig gewählt. Dieser nahm die Wahl an. Es fand aber noch eine längere Diskussion über den früheren Bibliothekar statt und es wurde der Vorschlag gemacht, daß Seelmann an D. nochmals eine Aufforderung richten soll und bei deren Erfolglosigkeit gerichtliche Schritte vorzugehen. Dies wurde einstimmig gut geheissen. Unter verschiedenen kommen wir zur Sache in betreff der ablehnenden Haltung des Hauptvorstandes gegen das Aufnahmegesuch des Kollegen F. Als dieser, der selbst anwesend war, gefragt wurde, warum er so oft diesen Fehler begangen habe, gab er der Versammlung bekannt, daß er nur einmal in Freienorla Arbeitswilliger gewesen sei. Genosse Seelmann nahm es nochmals auf sich, den ganzen Sachverhalt dem Hauptvorstande mitzuteilen. Auch dieser Vorschlag wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Nach einigen kleinen Bemerkungen schloß der Vorsitzende um 8 1/2 Uhr die Versammlung.

Briefkasten.

Mitgl. 31 010. S. D. wurde geboren am 4. Mai 1847 zu Burgberg und starb am 2. Mai 1902 in Stadtlengsfeld.

Literarisches.

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk bringt die illustrierte Wochenschrift „In Freien Stunden“ von der Heft 25 ausgehen wurde. Es bringt die Fortsetzung von Gerstäders Roman „Die Flusspiraten des Mississippi“; als kleinen Beitrag enthält dieses Heft eine naturwissenschaftliche Skizze: „Eine Blauderz vom Südpol“. Mit dem nächsten Heft schließt das laufende Quartal. Am 1. Juli beginnt ein neuer Roman und ein neues Abonnement.

„**Wider die Pfaffenhererschaft**“, Das 10. Heft ist erschienen. Es bringt die Fortsetzung des 6. Kapitels: „Brot mit den Armen dein Brot“. In diesem Kapitel bringt der Verfasser die Erklärung für den tiefgehenden Haß, den am Ausgange des Mittelalters das Volk gegen die Pfaffen nährte. Nach ihren Grundsätzen und nach ihren Lehren wäre die Kirche verpflichtet gewesen, gegen die Ausbeutung des Volkes durch Fürsten, Adel und Städte aufzutreten. Die Kirche duldet nicht nur diese Ausbeutung, sondern die schlimmsten Wucherer, die ärgsten Volksbedrücker waren die Pfaffen. In dem Kapitel werden auch die Judenverfolgungen des Mittelalters behandelt. Diesem Thema sind auch einige Bilder aller Meister gewidmet, von denen wir erwähnen: „Die Judenmarterungen“ nach zwei Holzschnitten aus dem Jahre 1415.

Sterbetafel.

Selb. Wilh. Popp, Dreher, geboren zu Selb, gestorben am 6. Juni 1904 im 60. Lebensjahre.

— **Nikol. Neßsch,** Maler, geboren am 2. November 1875 zu Selb, gestorben am 18. Juni 1904 an Lungenleiden. Letzte Krankheit 2 1/2 Jahre.

Ehre ihrem Andenken!

Adressen-Nachtrag.

Duisburg. Kass.: Willt Ernst, Kostanienallee. Vertrauensmann: Nikol Neßsch, Neuborfer Markt 2, beide Maler.

Eisenach. Revisor: Paul Belz, Alexanderstraße 6, bei Salzmann.

Neuhaldensleben. Schriftf.: Ernst Wentig, Burgstr. 88. Revisor: August Eichmann, Kalvörderstraße 19b. Vertrauensmann: Herm. Thielebein, Langestr.

Pforzheim. Vors. Fritz Faß, Maler, wohnt jetzt Schulge-Dellstr. 6.

Selb. Schriftf.: Adolf Köhler, Maler, Gartenstraße 89.

Schauberg. Bets.: Theodor Sussa, Dreher.

Sondershausen. Vors.: Johann Glenz, Maler, Fehastr. 26.

Wesel. Vors.: Franz Enfinger, Baustr. 645. Schriftf.: Viktor Peterzella, Baustr. 645.

Versammlungskalender.

Mhlen. Sonnabend, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Um zahlreiches Erscheinen wird dringend ersucht.

Altwasser. Sonnabend, den 25. Juni, abends 7 Uhr im Vereinslokal. Wichtige Tagesordnung u. a. Besprechung örtlicher Verhältnisse, deshalb haben alle Mitglieder zu erscheinen.

Berlin III (Schilbermalers). Zahlabend: Sonnabends von 7-9 Uhr bei Wollschläger. Die Restanten werden aufgefordert, ihrer Pflicht nachzukommen. Die Mitgliedsbücher werden dort ausgeben.

Döbeln. Sonnabend, den 25. Juni, abends 8 Uhr bei Hempel. Wichtige Tagesordnung. Neuwahl des Vorsitzenden. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Gaggenau. Montag, den 4. Juli, abends 8 Uhr im Vereinslokal Strauß, Ottenau. Entkassieren der Beiträge. Gemeinsamer Ausflug. Verschiedenes.

Gausen. Sonntag, 8. Juli, nachmittags 2 Uhr in Unnersdorf beim Gastwirt Schütz. Die Mitglieder werden wegen wichtiger Besprechung aufgefordert, ohne Ausnahme zu erscheinen.

Rahla. Sonnabend, 2. Juli, abends 8 Uhr im Rosengarten.

Röppelsdorf. Sonnabend, 25. Juni, abends 6 Uhr bei Fr. Weber. Bibliothekbücher sind mitzubringen und umzutauschen.

Tünnau. Sonnabend, 2. Juli, im Restaurant zur schönen Aussicht (von jetzt ab im Vereinslokal) Der Tagesordnung halber ist das Erscheinen aller dringend nötig.

Mürnberg. Sonnabend, den 25. Juni, abends 1/2 9 Uhr, im Felseder.

Oberhausen. Sonnabend, den 25. Juni, abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Vegeßack. Sonntag, den 3. Juli, nachmittags 8 Uhr im Vereinslokal W. Oberbeck, Buchstr. 7. Da der Abschluß von jetzt an rechtzeitig fertiggestellt wird, wird um pünktliches Entrichten der Beiträge ersucht.

Vordamm. Sonnabend, den 25. Juni, abends 7 Uhr, im Vereinslokal

3. Agitationsbezirk

Vorort Tiefenfurt.

Sonntag, den 26. Juni, vormittags 11 Uhr findet in Freiwaldau bei Herrn Ernst Helbig (Restaurant „Zur Post“) eine

Vertrauensmänner-Konferenz

der Zahlstellen Tiefenfurt, Sorau, Freiwaldau und Weißwasser statt.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Vertrauensmänner über den Stand der Organisation, Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sowie sanitäre Beziehungen.
2. Bericht über die bisherige Agitation und wie sich dieselbe in Zukunft gestalten soll.
3. Stellungnahme zum Beihilfefonds.
4. Verschiedenes.

Die Zahlstellenmitglieder sind zu dieser Konferenz freundlichst eingeladen.

Die Agitationskommission.

22. Agitationsbezirk

Vorort Düsseldorf.

Sonntag, den 10. Juli, vormittags 11 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 2, Bergerstraße 8, eine

Vertrauensmänner-Konferenz

statt, wozu die Vertrauensmänner folgender Zahlstellen zu erscheinen haben:

Mhlen, Bonn, Poppelsdorf, Duisburg, Elberfeld, Emmerich, Fürstenberg a. W., Gamm, Köln, Köln-Chrenfeld, Oberhausen, Wesel.

Tages-Ordnung:

1. Die Aufgaben der Agitations-Kommission und der Vertrauensleute. (Referat).
2. Tätigkeitsbericht der Agitations-Kommission und der Vertrauensleute.
3. Agitation.
4. Verschiedenes.

Die Agitationskommission.

Ein alter Verbandsgenosse sucht seine sehr gut erhaltenen Bücher zu verkaufen. Die verehrlichen Zahlstellen, welche ihre Bibliotheken zu vergrößern wünschen, wollen dieses berücksichtigen. Verzeichnis mit Preisangabe wird franko zugesandt.

S. Buschmann, Rudolfsstadt, Debrastr. 22.

Arbeitsmarkt.

(Interessenten wollen gefl. davon Notiz nehmen, daß Inserate für den Arbeitsmarkt kostenlos aufgenommen werden.)

3-4 Exportmaler

finden in **Mitterteich** (Bayern) Stellung. Gest. Offerten bittet man an Obermaler **Paul Luchner,** Mitterteich, zu richten.

Ein Maler

für Dekor und Blumen, findet sofort dauernde Stellung bei hohem Verdienst. Bevorzugt werden Porzellanmaler, welche nach Muster arbeiten können.

Joh. Uhl,

Obermaler, Remscheid-Güldenwerth.

1 Dreher

für Druckmalerei (Militärartikel bevorzugt), unverheiratet, nebenbei tüchtiger Trompeter, findet vom 1. Oktober d. Js. ab eine gut lohnende, dauernde Stellung. Offerten unter 1000 Postlagernd, Unterweißbach t. Thür.

Perfekter Maler

für Perlmutteransichten zum sofortigen Eintritt bei dauernder u. lohnender Beschäftigung nach Thüringen gesucht. Duzimaler bevorzugt. Lohnansprüche nebst Offerten unter **M. 3. 4** an die Expedition der „Ameise“ erbeten.

Junger tüchtiger Porzellanformer

der in Figuren und bergl. Artikel, sowie Geschirrgleichen hewandert ist, sucht anderweitig sofort oder später Stellung. Gest. Offerten unter **M. 50** an die Expedition der „Ameise“ erbeten.

Goldschmied, Flaschen, Lappen etc.

kauft zu höchsten Preisen, sowie ausgeschmolzenes Gold à Gramm 2,50 Mk., schnelle und reelle Bedienung zugesichert

Max König, Rahla S.-A.

Verehrte Malerpersonale!

Kaufe sämtliche Goldabfälle, Lappen, Pinsel u. Gläser zu höchsten und reellsten Preisen. Postsendungen werden schnell, reell behandelt und bezahlt. **Andre Matthei,** Höchstädt, b. Marktleuthen 2 Dbr.



Reelle schnelle Bed. **Goldschmied kauft** **Otto Seifert, Zwickau's Osterwelsstrasse 18** Preis. hdt.

Goldschmied,

verlohtes Alanzgold, sowie alle goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung

Emil Böhme, Eisenberg S.-A.

Man verlange Prospekte. Aeltestes Geschäft dieser Art.

Goldschmied

sowie alle goldhaltigen Sachen kauft

Otto Samann, Elberfeld, Flensburgerstr. 6.

Goldschmied, sowie goldhaltige

Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt

H. Haupt, Dresden-A.

Hammerstr. 12.

Herausgegeben vom Verbands der Porzellan- und verwandten Arbeiter. — Verantwortlicher Redakteur: **Fritz Zietzsch,** Charlottenburg, Rosinenstraße 8. Druck u. Verlag: **Die Goetze,** Charlottenburg, Wallstr. 69